

OTS0110 / 08.11.2010 / 11:59 / Channel: [Politik](#) / Aussender: [obds](#) -
[Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen](#) Stichworte:
[Gesellschaftspolitik](#) / [Hilfe](#) / [Jugend](#) / [Menschenrechte](#) / [Soziales](#)

Diese Aussendung: [drucken e-mailen pdf fließtext](#) | [twitter](#) [facebook](#) [share](#) [mailabo](#)

Der OBDS fordert alle Jugendwohlfahrtsträger auf, Mitwirkung bei Abschiebungen von Familien mit Kindern zu verweigern. =

Wien (OTS) - Der Oesterreichische Berufsverband der SozialarbeiterInnen protestiert schärfstens gegen die vom Bundesministerium für Inneres geforderte Mitwirkung der Jugendwohlfahrtsträger bei Abschiebungen.

In einem seit kurzem von der Fremdenpolizei verbindlich anzuwendenden BMI-Erlass soll es heißen:

"b) Psychologische Aspekte sind dahingehend abzudecken, als seitens der zuständigen Fremdenpolizeibehörde der jeweilige örtlich zuständige Jugendwohlfahrtsträger von der Abholung/Festnahme zu informieren und um Unterstützung zu ersuchen ist.

Die Umstände der psychologischen Betreuung, oder der Nichtinanspruchnahme/Weigerung der Betroffenen an der Teilnahme, sind entsprechend zu dokumentieren."

Der gesetzliche Auftrag der Jugendwohlfahrtsträger ist es dem Kindeswohl Priorität zu geben. Abschiebungen widersprechen per se dem Kindeswohl! Eine Mitwirkung der Jugendwohlfahrtsträger bei diesen kinderrechtswidrigen Aktionen der Fremdenpolizei ist der aus prinzipiellen Erwägungen abzulehnen. Sie widerspricht auch der Berufsethik der SozialarbeiterInnen.

Der OBDS fordert daher alle Jugendwohlfahrtsäger und die dort beschäftigten SozialarbeiterInnen auf, die Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei bei Abschiebungen, in die Kinder involviert sind zu, verweigern.

Rückfragehinweis:

Maria Moritz, Georg Dimitz

Mobil: +436641010043

g.dimitz@aon.at